

Seit dem doppelten Paukenschlag vom 22. Mai steht die Berliner Republik Kopf. Auf Gerhard Schröders Ruf nach Neuwahlen folgte eine Politposse, die hier zu Lande ihresgleichen sucht: Eine Regierung erklärt ihr Scheitern, wirbt für einen erneuten Regierungsauftrag – ohne sich jedoch für die Fortsetzung ihrer Regierungskoalition einsetzen zu wollen. Seither wechseln sich gegenseitige Schuldzuweisungen ab mit Bemühungen, offenkundigen Schaden für das Ansehen der Beteiligten in Grenzen zu halten. Dieses Schauspiel markiert den vorläufigen Höhepunkt einer „rot-grünen Götterdämmerung“, deren Ursachen tiefer liegen, als von aktualitätsfixierten Medien vermittelt wird. Schon vor dem Untergang an Rhein und Ruhr warnten erfahrene Stimmen aus beiden Regierungsparteien vor der unübersehbaren Erosion der Grundlagen politischer Gestaltungsfähigkeit. Die Bundesregierung handle nicht nach Konzept, sondern Instinkt, meinte der ehemalige Bundesminister Volker Hauff (SPD). Sie diskutiere kaum darüber, welchen Werten ihre Politik dienen solle – was Hauff auf den „Hedonismus der Generation Schröders und Fischers“ zurückführte (*taz* vom 10. Januar 2005). Den Grünen warf ihr ehemaliger Vorsitzender Hubert Kleinert einen Mangel an Konsequenz vor; die Partei sei von der „Keine Macht für niemand“ zur „Machterwerbspartei“ verkommen (*Cicero*, Ausgabe 4/2005).

Andererseits appellierte Gerhard Schröder in seiner Replik auf die von liberalen Werten getragene „Vorfahrt für Arbeit“ –

Rede des Bundespräsidenten an das soziale Gewissen der Unternehmen. Auch die „Agenda 2010“ hatte Schröder mit der Bewahrung sozialer Werte, nicht deren Beseitigung begründet. Franz Münteferings Brandrede gegen einen asozialen Heuschrecken-Kapitalismus wiederum könnte man durchaus als Kampfansage an den Werteverfall im Wirtschaftsleben verstehen.

Konkurrenz oder Verdrängung?

Machen es sich Kritiker also zu einfach, wenn sie der Politik der Bundesregierung ihre Werteorientierung absprechen und sie ausschließlich als Machtpolitik interpretieren? „Politik ohne Werte ist wertlose Politik“, hält ihr etwa Erwin Teufel vor und verweist auf vier Krankheiten, die er der Wertelosigkeit der gegenwärtigen deutschen Politik zuschreibt: Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, Staatsverschuldung, Kinderarmut (CDU-Landesparteitag in Schwäbisch-Hall, 2004). Umgekehrt hatte die Regierungskoalition sich als Kontrast zu den konservativen Vasallen Amerikas als „Friedensmacht“ inszeniert und zuvor der Union vorgeworfen, eine andere Republik zu wollen. Der als Wertekampagne konzipierte Europa-Wahlkampf der SPD, der offenkundige Mangel an tragfähigen Konzepten und die erneute Beschwörung des Schreckgespenstes einer „Schwarzen Republik“ lassen für die vorgezogene Bundestagswahl vor allem eines erwarten: eine hitzige Auseinandersetzung darüber, welche Werte Deutschland auf dem Weg in die Zukunft leiten sollen.

Doch während die Politik in Anspruch nimmt, für politische Ideale einzustehen, nehmen viele Menschen eine Verdrängung der Werte wahr. Dies gilt für politische Entscheidungen ebenso wie für das Verhalten, das mancher Entscheidungsträger an den Tag legt. Es ist schwerlich akzeptabel, dass Minister nicht für schwer wiegende Fehler und Missstände Verantwortung übernehmen. Was die Substanz politischer Entscheidungen betrifft, bleibt vielen Bürgern verborgen, welchen Werten eine Politik folgt, die sie immer weiter belastet – ohne dass daraus eine Perspektive für die Zukunft erkennbar wird. In der Bevölkerung macht sich zunehmend eine Mentalität breit, dass es moralisch ist, aus dem System herauszuholen, was möglich ist; es gilt, im verschärften Verteilungskampf nicht zu kurz zu kommen. So wie das Vertrauen in Politik und Politiker sinkt, nimmt auch die Bereitschaft ab, immer mehr, immer weniger nachvollziehbare Vorschriften einzuhalten – oder in die Zukunft des Landes zu investieren. Es kommt zur Verdrängung der Werte, im politischen wie im gesellschaftlichen Miteinander.

Dabei ist unbestritten, dass die „Berliner Republik“ fest auf der Grundlage eines durchdachten Rechts- und Wertesystems steht. Es ist ein Verdienst, kein Versagen ihrer Architekten, dass sie darauf bestanden, das geeinte Deutschland auf dem Grundgesetz zu errichten. Die politischen Eliten gestalten diese Ordnung aus, indem sie miteinander und im Namen der Werte, auf die sich ihre politische Weltanschauung beruft, in Konkurrenz treten. Dabei geht es oft um grundsätzliche Fragen: Mehr Markt oder mehr Staat? Mehr Kapitalismus oder mehr Sozialismus? Mehr Freiheit oder mehr Sicherheit? Warum und wie Krieg führen? Politik für Minderheiten oder für die Gesellschaft als Ganzes? Jeder dieser Fragen liegt die Konkurrenz essenzieller Werte zugrunde; sie zu einem gerechten Ausgleich

zu bringen ist Aufgabe und größte Herausforderung demokratischer Politik.

Fundament oder Leitstern?

Dass der politische Prozess von der Bevölkerung dennoch kaum mehr als wertorientiert wahrgenommen wird, offenbart das Dilemma. Den Akteuren gelingt es kaum, die Wertefundierung ihrer Politik glaubwürdig zu erklären – oder sie versuchen es erst gar nicht, wie der Kanzler in der Frage des China-Waffenembargos. Während jede der im Bundestag vertretenen politischen Kräfte sich auf ein Fundament demokratischer Werte gründet – und dabei einer christlichen, sozialen, liberalen oder ökologischen Weltanschauung Vorrang gibt –, stellt sich oftmals die Frage, inwieweit ihre praktische Politik auch von jener Orientierung geleitet wird. Sind Werte der Leitstern des politischen Handelns oder doch nur brüchiges Fundament?

Besonders hart trifft diese Frage den, der regiert. So musste sich auch die regierende CDU Helmut Kohls vom Oppositionsführer Rudolf Scharping vorhalten lassen, sie vernachlässige die Schaffung von Arbeitsplätzen und handle unsozial (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. November 1996). Parteiinterne Kritiker verschiedener Strömungen zweifelten an einer „geistig-moralischen Wende“. Zu zaghaft waren den einen die wirtschaftspolitischen Reformen, zu uneingelöst den anderen das Versprechen einer Rückbesinnung auf christliche Werte und Prinzipien. Sicher ließen sich viele Beispiele finden, wo Bundeskanzler Kohl nicht seinem ideellen Leitstern folgte. Sein Nachfolger indes wollte „nicht alles anders, aber vieles besser“ machen. Gemeint war eine Politik der Bewahrung des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells. Für die Außenpolitik verkündete Schröder von Anfang an den Anspruch, Deutschland zur „normalen“, sprich selbstbewussten Macht zu formen. Schon in den

Zielsetzungen seiner Kanzlerschaft liegt damit ein Spannungsverhältnis zwischen Werte- und Machtpolitik begründet. Die Frage, ob die Politik der rot-grünen Bundesregierung einen Werteverfall in oder einen Kampf um die Werte der Berliner Republik widerspiegelt, zeigt indes nur ein Blick auf die politische Praxis.

Klientelisierung der Innenpolitik

Nach sechzehn Jahren Opposition im Bund – und mit einer Anti-Establishment-Partei als Koalitionspartner – fiel es der Bundesregierung zunächst schwer, Ziele in praktische Politik umzusetzen. Die Koalition erlebte ein schweres erstes Jahr, nicht zuletzt deshalb, weil sie von Beginn an Klientelinteressen bediente. Wichtigster Klient waren zunächst die Gewerkschaften, denen viel versprochen worden war für ihre engagierte Wahlkampf-Unterstützung. Rot-Grün nahm als Erstes die ohnehin nicht weit reichenden Wirtschafts- und Sozialreformen der Regierung Kohl zurück. Wenig später folgte die Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes. Konnte die Rücknahme von Kohls Reformen noch als Politik im Dienste sozialer Werte interpretiert werden, war für das Mitbestimmungsrecht von vornherein klar, welchem Zweck es diente: der Stärkung der Macht der Gewerkschaften. Beiden Projekten gemein ist ihre anhaltende schädliche Wirkung für das Wirtschaftswachstum: Das eine schadet durch die Erhöhung von Lohnnebenkosten und Lohnstückkosten, das andere durch die Bürokratisierung betrieblicher Abläufe und die Verschlechterung des Investitionsklimas.

Um diesen Effekten entgegenzuwirken, sollte als Erstes eine rot-grüne Öko-steuer helfen, die Lohnnebenkosten zu senken. Theoretisch – also ohne den Kontext konkurrierender Volkswirtschaften – eine gute Idee, führte sie zur weiteren Verschärfung negativer Effekte. Immerhin entsprach sie, wie Atomausstieg und Dosenpfand, nicht nur den Wünschen der

grünen Klientel, sondern auch dem Empfinden einer ökologisch sensibilisierten Bevölkerung. Die Senkung der Unternehmenssteuern sollte die Wirtschaft für all diejenigen Belastungen kompensieren, die unter Rot-Grün erst geschaffen worden waren. Nach Gewerkschaften und Öko-Verbänden entdeckte Schröder nun den dritten wichtigen Klienten seiner Amtszeit: die Großunternehmen. Vom Zuschnitt der ersten Steuerreform profitierten gerade sie, obwohl doch vor allem mittelständische Unternehmen durch die rot-grüne Klientelpolitik belastet worden waren. Großunternehmen konnten zudem die Möglichkeiten internationalen Wirtschaftens nutzen, um die Folgen zu dämpfen. Mittelständler dagegen taten sich schwerer. Sie mussten sich internationalisieren, spezialisieren oder ihre Geschäftstätigkeit einschränken – meist verbunden mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland.

Wie wenig diese Politik den sozialen Werten entspricht, für deren Bewahrung die SPD 1998 angetreten ist, zeigen die Sozialreformen der zweiten Legislatur. Sie wurden notwendig, weil die skizzierte Krise, über deren Ausmaß die Regierung die Bevölkerung lange täuschte, das soziale System Bundesrepublik bedroht. Umso tiefer schneiden „Hartz I bis IV“ und der Gesundheitskompromiss in die Ansprüche derjenigen ein, als deren Anwalt sich die Sozialdemokratie begreift: Arbeiter und Angestellte, Arbeitslose, Schwache und Kranke. Deshalb erlitt die große Volkspartei einen Vertrauensverlust von epochalem Ausmaß. Schröder lernte hart und schnell; mit der Berufung von Franz Müntefering zum SPD-Vorsitzenden tater Buße und setzte ein Zeichen, dass weitere Einschnitte nicht zugemutet werden würden. Münteferings Kapitalismus-Kritik sollte retten, was nicht mehr zu retten war.

Für den Höhepunkt rot-grüner Klientelpolitik zeichnen indes die Grünen verantwortlich. Ihr Kabinettsentwurf

eines „Anti-Diskriminierungs-Gesetzes“ erboste sozialdemokratische Ministerpräsidenten ebenso wie Unternehmer und Jura-Professoren. Der Grund: Er hebt nicht nur die Vertragsfreiheit des Einzelnen – und damit eines der ältesten und wichtigsten bürgerlichen Rechte – aus; er provoziert überdies geradezu eine „präventive Vermeidungs-Diskriminierung“ derer, die er schützen soll. Die Vorlage motiviert Körperschaften und Privatpersonen, sich vor schwer widerlegbaren Diskriminierungsvorwürfen zu schützen, indem sie dem im Gesetz vorgesehenen breiten Kreismöglicher Anspruchssträger aus dem Wege gehen. Minderheiten werden so gegen Mehrheiten in Frontstellung gebracht, statt dazu beizutragen, sie auf der Basis der für alle geltenden Regeln ins Ganze zu integrieren. Damit dient das „Anti-Diskriminierungs-Gesetz“ weder seiner Klientel, noch entspricht es sozialen Werten. Es ist in Ursprung und Ausgestaltung ein Symptom des Werteverfalls und zugleich ein Beispiel für die machtpolitische Durchsetzung von Klientelinteressen.

„Normalisierung“ der Außenpolitik

Dieses Ergebnis erstaunt, gilt doch die Innenpolitik noch am ehesten als von Sachzwängen geschützter Raum, in der sich eine an Werten orientierte Politik zum Wohle aller praktizieren lässt. Anders dagegen die Außenpolitik, die von jeher als Domäne der „Realpolitiker“ und als Arena gilt, in der Staaten um die Durchsetzung von Interessen und um ihre Rolle im Weltgefüge ringen.

Von Beginn an unterstrich Schröder, dass er als Vertreter einer neuen, von der Vergangenheit unbelasteten Generation eine „Normalisierung“ der Außenpolitik Deutschlands anstrebe, eine neue Rolle als selbstverständliche Macht in der Mitte Europas. Sein Außenminister hatte dagegen 1994 mit „Risiko Deutschland“ ein Manifest wertorientierter Außenpolitik vorgelegt, die den Anfängen jeder Milita-

risierung wehren sollte. Der Krieg im Kosovo wurde ihr erster Prüfstein. Die Argumentation der beiden ungleichen Partner war ähnlich und unterschied sich zugleich signifikant. Betonte Schröder die Bedeutung und Verlässlichkeit Deutschlands im westlichen Bündnis, begründete Fischer den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Notwendigkeit einer humanitären Intervention. Beide hatten Recht; sie folgten indes unterschiedlichen Logiken, die für die weitere Entwicklung der deutschen Außenpolitik prägend sein sollten. Dies zeigte sich, als es erneut darum ging, ob Deutschland an der Seite seiner NATO-Partner in einen Kampfeinsatz ziehen würde. Während der Kanzler mit der Zusicherung „uneingeschränkter Solidarität“ mit den USA auch die militärische Bekämpfung der Terroristen in Afghanistan meinte, lehnten die Grünen eben jene aus moralischen Gründen ab. Der Kanzler setzte sich durch, indem er ein Veto der Grünen an den Verlust der Regierungsmacht knüpfte. Er kalkulierte richtig; auch den grünen Abweichlern war der Machterhalt wichtiger als die Durchsetzung ihrer pazifistischen Weltanschauung.

Diese beiden Imperative – Machterhalt und Pazifismus – in der Irak-Frage verknüpfen zu können war aus der Sicht von Rot-Grün der genialste und glücklichste Moment ihrer Außenpolitik. Darauf sind beide Parteien stolz; es ist ihr größtes Pfund – für die Bewahrung der innerparteilichen Identität ebenso wie im Kampf um die Gunst verunsicherter Wähler. Auch wenn der Slogan „Friedensmacht Europa im deutschen Interesse“ eine Gleichwertigkeit von Macht und Moral suggeriert – die auf breite Wählerschichten noch immer anziehend wirkt –, entsprang auch diese Entscheidung primär machtpolitischem Kalkül. Schröder und Fischer entdeckten an der Seite Chiracs und Putins, dass sie ihre anfängliche Iso-

lation wenden und zur Stärkung der Unabhängigkeit Deutschlands und Europas von den USA nutzen konnten. Dass Deutschland für diese bewusste Gegenmachtbildung einen hohen Preis zahlen würde – die Spaltung von EU und NATO ebenso wie den Verlust jedweden Einflusses im westlichen Bündnis –, störte dabei zunächst nicht. Der machtpolitische Imperativ war so stark, dass Schröder selbst den UN die Autorität für die Genehmigung einer Intervention absprach – und damit gegen einen Urwert deutscher Außenpolitik verstieß. Ebenso diente der lediglich symbolische Beitrag Deutschlands zur Befriedung und Demokratisierung des Irak der Schwächung der unheimlich gewordenen Hypermacht USA – nicht aber den außenpolitischen Werten und Interessen der Bundesrepublik.

Aus dieser Sicht ist es nur konsequent, dass Schröder darauf bestand, eine Stärkung Chinas als Gegenpol zu den USA selbst gegen seine Regierungsmehrheit durchzusetzen. Das Gleiche gilt für die Unterstützung der demokratiefeindlichen Politik Vladimir Putins – so als hätte es Tschetschenien, die Zerschlagung kritischer Medien oder die Enteignung des Yukos-Konzerns nie gegeben. Beides ist die Fortsetzung einer Politik, die nicht nach den Rückwirkungen außenpolitischer Entscheidungen auf essenzielle Werte fragt, sondern jede Gelegenheit für einen Machtgewinn beim Schopfe packt. Schröder stärkte damit seine Position gegenüber außenpolitischen Freunden und Rivalen; er hoffte so ihre Zustimmung zur Aufnahme Deutschlands in den UN-Sicherheitsrat zu ertrotzen. Und er degradierte den ob eigener Klientelpolitik angeschlagenen Außenminister zum manövrierunfähigen Mehrheitsbeschaffer auf Abruf.

Werte unter Druck

Mehr noch als die Innenpolitik folgt die Außenpolitik der Regierung Schröder vor allem dem Prinzip der Macht. Und so si-

cher der nächste Bundestagswahlkampf zum Kampf der Werte stilisiert werden wird, überdeckt die Vermarktung politischer Werte in der Berliner Republik vor allem deren Verfall.

Liegt es am von Generationen von Moralisten beklagten Verlust öffentlicher Moral? Ist die politische Elite Deutschlands moralisch bankrott? Ein solch rigides Urteil würde der Wirkungsmacht der Rahmenbedingungen, unter denen Politiker agieren, nicht gerecht. Sicher ist, dass regieren in Deutschland seit der Wiedervereinigung um vieles schwerer geworden ist. Dies liegt nur zum Teil an der inneren Herausforderung, die Einheit zu vollenden. Viele der aus Fehlentwicklungen in Ost und West resultierenden Erosions- und Stagnationsprozesse werden verschärft durch äußere Einflüsse, denen sich Deutschland als hochgradig globalisiertes Land nicht entziehen kann. Der liberale US-amerikanische Publizist Thomas L. Friedman bezeichnet sie als die „zehn Flachmacher“ der Globalisierung, die das Spielfeld des ökonomischen und politischen Wettbewerbes in einer Weise verändern, dass es den westlichen Industriegesellschaften immer schwerer fällt, mit den asiatischen Herausforderern mitzuhalten (*vergleiche: Thomas L. Friedman, The World Is Flat. A Brief History of the 21st Century, 2005*). Es sind diese ökonomischen, technologischen und sozialen Veränderungsprozesse, an denen die Verantwortlichen gnadenlos scheitern. Ihnen fehlen die Fähigkeit und der Mut, den Deutschen die Chancen und Herausforderungen der Globalisierung verständlich zu machen und aus Verantwortung für die Gemeinschaft eigene (Macht-)Interessen hintanzustellen. Die Heuschrecken-Tiraden Franz Münteferings waren verzweifelte Versuche eines Populisten, mit einem Apell an die Ängste der Bevölkerung die strukturelle Machtposition der Sozialdemokratie zu retten. Sie markieren eine erschütternde Abkehr vom verspäteten Re-

formkurs der Volkspartei SPD und bereiten den Weg für eine populistische Protestpolitik strukturkonservativer Sozialutopisten. Die schwierige Herausforderung, auch unter verschärften Bedingungen ein soziales Miteinander zu gewährleisten, hilft diese Politik der Angst weder zu bewältigen noch zu verringern. Im Gegenteil: Eine Politik wider die Realitäten der globalisierten Welt führt zwangsläufig zu einem noch schwerwiegenden Versagen des Staates – mit Folgen für das Vertrauen in die Politik und das politische System. Es spricht Bände, dass der Machtpolitiker Gerhard Schröder nun eigenhändig die Notbremse zog, weil er die Regierungsfähigkeit seiner Koalition wegen des „erhöhten Erpressungspotenzials“ der Ewiggestrigen bei Rot und Grün nicht mehr gegeben sieht.

Wertepolitik als Erfolgsstrategie

Muss der Druck der Globalisierung zu einer Politik wider soziale und christliche Werte führen? Ist das Scheitern der Regierung Schröder nur ein Vorbote für das Scheitern jeder Nachfolgeregierung? Dagegen spricht vieles, nicht zuletzt der Erfolg der „Democrats“ und von „New Labour“ bei der Revitalisierung des US-amerikanischen beziehungsweise britischen Wirtschaftssystems. Das Scheitern der Sozialdemokratie an einer Erneuerung im Zeichen veränderter Rahmenbedingungen ist allerdings ein ernst zu nehmendes Warnsignal. Dennoch: Eine soziale, liberale und christliche Politik ist unter dem Druck der Globalisierung nicht nur möglich, sondern nötig. Will Deutschland seinen Wohlstand und seinen Platz unter

den Mächten der Welt erhalten, werden unglaubliche Anstrengungen aller Teile der zunehmend fragmentierten Gesellschaft notwendig sein. Ohne eine Rückbesinnung auf Leistungsbereitschaft und Gemeinsinn wird diese Herausforderung nicht zu bewältigen sein. Um in der globalisierten Welt zu bestehen, bedarf es paradoxerweise eben jener Werte, die im Wettbewerb unter Druck geraten. Horst Köhler, Erwin Teufel und Alois Glück haben deshalb Recht, wenn sie diese Werte allen – auch und gerade der Politik – abverlangen. Sie wissen aus Erfahrung, dass trotz eines scharfen politischen Wettbewerbes gerade eine undogmatische, aber werteorientierte Politik Erfolg verspricht. Sie ist die Basis, um über politische und soziale Grenzen hinweg Verständnis für notwendige Neuerungen und Vertrauen in die Gerechtigkeit mittelfristiger Mehrbelastungen aufzubauen. Bedeutet dies im Umkehrschluss, dass werteorientierte Politik für den Wahlkampf ungeeignet ist? Mitnichten. Statt eines konservativen Kulturkampfes sollte die Union das von ihr entwickelte Gesellschaftsmodell einer erneuerten Sozialen Marktwirtschaft in den Mittelpunkt stellen. Sie muss erklären, wie Deutschland mit Anstrengungen aller trotz des Globalisierungsdruckes ein starkes, wohlhabendes und soziales Land bleiben kann. Allein so entsteht Vertrauen. Eine solche, Zusammenhänge erklärende und zu Leistung motivierende Politik der Werte ist eine Erfolgsstrategie – für das Land und für jede Partei, die dieses Land aus der Krise führen will. Das „Land der Ideen“ braucht eine „Politik der Ideen“.

Vertauschte Rollen

„Eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition wäre der Zwangsbeatmung eines Koma-patienten gleichgekommen. Köhlers Entscheidung beendet denn auch ein absurdes Zwischenspiel mit längst vertauschten Rollen zwischen Regierung und Opposition.“

Johann Michael Möller am 22. Juli 2005 in *Die Welt*.